

Beschluss

A1 - Leitantrag

Mitmenschlichkeit und Schutz vor Krieg und Gewalt – Wuppertal wird auch in Zukunft Verantwortung bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise übernehmen

1 Seit mehr als 8 Monaten dominiert kein anderes Thema den politischen
2 Diskurs in unserem Land so wie die Frage des richtigen Umgangs mit der
3 Situation der Flüchtlinge, die aktuell vor Krieg und Gewalt fliehen. Wuppertal
4 hat sich dabei in den vergangenen Monaten durch einen offenen,
5 hilfsbereiten und pragmatischen Umgang mit den zweifelsohne vorhandenen
6 Herausforderungen ausgezeichnet. Statt einseitig die durchaus vorhandenen
7 Probleme in den Mittelpunkt zu stellen, haben ehrenamtliche Helferinnen und
8 Helfer, Wohlfahrtsorganisationen, Rat und Stadtverwaltung die herzliche
9 Seite Wuppertals präsentiert. Mit dem Slogan „Deutschland braucht mehr
10 Wuppertal“, der in einem Artikel in der ZEIT geprägt wurde, waren genau die
11 gemeint, die sich hier eingebracht haben, um ein Stück Willkommenskultur
12 erlebbar zu machen. Ihnen allen gilt unser ausdrücklicher Dank. Auch den
13 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Wuppertal danken wir herzlich für
14 ihr herausragendes Engagement.

15

16 Wuppertal profitiert dabei aktuell von seiner reichen und langen Tradition der
17 Prägung durch und des Umgangs mit Migration. Der Prozess des
18 Zusammenlebens von Menschen unterschiedlicher ethnischer, kultureller
19 und religiöser Herkunft ist geübte Praxis. Dabei hat Wuppertal vor Jahren die
20 bewusste Entscheidung getroffen, diesen Prozess offensiv anzunehmen und
21 zu gestalten – über die Parteigrenzen der demokratischen Kräfte hinweg ist
22 das politischer Konsens, und das ist gut so. Wir wollen deshalb die
23 Integration von Geflüchteten nicht isoliert betrachten, sondern in den Kontext
24 der Migration der vergangenen Jahrzehnte sowie der gegenwärtigen
25 Zuwanderung aus EU-Ländern und Südosteuropa stellen. Denn neben den
26 Flüchtlingen stellt die EU-Binnenwanderung mindestens eine gleich große
27 Herausforderung dar. Für alle Gruppen sind die integrationspolitischen
28 Herausforderungen vergleichbar, ihrer aller Eingliederung in dieselben
29 sozialen Regelsysteme ist zentrale Aufgabe, wobei spezielle Förderbedarfe
30 der jeweiligen Gruppe zu beachten sind. Wir sollten dabei nicht außer Acht
31 lassen, dass viele Menschen mit Migrationshintergrund, deren Vorfahren

32 einst als Arbeitsmigrantinnen und -migranten oder Flüchtlinge nach
33 Deutschland kamen, immer noch Nachteile auf den Feldern Bildung,
34 Arbeitsmarkt, gesellschaftliche Teilhabe erfahren; dessen sind wir uns voll
35 bewusst.

36

37 Die Menschen, die zu uns kommen, wollen rasch wieder für sich selber
38 sorgen können. Viele von ihnen sind jung und erhoffen sich ein Leben in
39 Sicherheit und Wohlstand. Deshalb wäre es fatal, wenn sie durch verzögerte
40 Asylverfahren und unzureichende Angebote zum Spracherwerb und zur
41 Arbeitsaufnahme dauerhaft an den gesellschaftlichen Rand gedrängt werden.
42 Dabei ist uns allen doch klar, dass bei den meisten Qualifizierungsbedarfe
43 bestehen, um vor den Herausforderungen unseres Arbeitsmarktes bestehen
44 zu können. Wir müssen deshalb jetzt die notwendigen Voraussetzungen
45 schaffen, damit aus einer Willkommenskultur eine Kultur des Gelingens
46 werden kann.

47

48 Wir benötigen hierzu eine möglichst frühzeitige systematische Erfassung der
49 Kompetenzen, schulischen oder außerschulischen Vorbildung,
50 Berufserfahrungen sowie Schul- und Hochschulabschlüsse, um die
51 individuellen Voraussetzungen und Fähigkeiten zu ermitteln. Dies ist zugleich
52 ein Zeichen von Wertschätzung und notwendige Voraussetzung der
53 Anerkennung von Abschlüssen und der Eingliederung in den Arbeitsmarkt.

54

55 Wir denken unserem präventionsorientierten Politikansatz gemäß in
56 Lebenslagen statt Rechtskreisen. Wir setzen an den konkreten
57 Lebenswirklichkeiten der einzelnen Personen an, die sich nicht in die
58 unterschiedlichen sie betreffenden Rechtskreise und Zuständigkeiten
59 auflösen lassen. Daher unterstützen wir mit Nachdruck den eingeschlagenen
60 Weg der immer engeren personenzentrierten Kooperation und Abstimmung
61 von Jobcenter, Ressort für Zuwanderung und Integration, Agentur für Arbeit,
62 Jugendamt. Leitbild hierbei ist dabei für uns die „Beratung aus einer Hand“.

63 Zu Recht findet aktuell die Weiterentwicklung der Angebotspalette der
64 Arbeitsmarktintegration für Asylsuchende im Bereich der Arbeitsagenturen
65 und die Verbesserung der Rechtslage zur Arbeitsaufnahme viel Beachtung.
66 Im öffentlichen Diskurs kommt indes der Umstand allzu kurz, dass die
67 überragende Zahl der anerkannten Geflüchteten zunächst in die
68 Zuständigkeit des SGB II und XII und damit des Jobcenters als eines Akteurs
69 an einer Schlüsselposition gerät. Diesem Umstand muss auf allen politischen
70 Ebenen Rechnung getragen werden. Das Sozialgesetzbuch wird aktuell nicht
71 hinreichend der umfassenden Flüchtlingsmigration gerecht. Insbesondere hat

72 das für die bis dato ungenügende Berücksichtigung von Maßnahmen zum
73 Spracherwerb als Instrument der Eingliederung in den Arbeitsmarkt Geltung.

74

75 Damit die Integration der Flüchtlinge gelingt, bedarf es nun gemeinsamer
76 Anstrengungen aller politischen Ebenen. Die SPD in NRW hat hierzu einen
77 umfassenden Integrationsantrag in den Landtag eingebracht, der noch vor
78 der Sommerpause verabschiedet werden soll. Er beinhaltet Sprach- und
79 Integrationskurse, frühkindliche Bildung und Kinderbetreuung, Bildungs- und
80 Ausbildungsmaßnahmen, Gesundheitsfürsorge, Arbeitsmarktintegration und
81 sozialen Wohnungsbau sowie das Zusammenleben in der Gemeinschaft. Wir
82 fordern zudem einen Deutschlandpakt, um diese großen Herausforderungen
83 meistern zu können. Aktuell trägt das Land NRW, gemessen an den
84 Gesamtaufwendungen des Landes für Flüchtlingshilfe und Integration, 81 %
85 der Gesamtausgaben, der Bund gerade einmal 19 %. Das kann unter dem
86 Gesichtspunkt einer fairen Lastenverteilung nicht so bleiben. Wir wollen
87 zudem weitere Belastungen unserer Kommunen verhindern. Nur so wird die
88 Bereitschaft zu dauerhaftem Engagement gesichert werden können. Deshalb
89 muss der Bund sich deutlich stärker als bisher engagieren.

90

91 Darüber hinaus wollen wir in Wuppertal die Vernetzung von hauptamtlichen
92 und ehrenamtlichen Akteuren und Einrichtungen stärken. Wir orientieren uns
93 dabei an sozialräumlichen Parametern, um dazu beizutragen, die
94 notwendigen Angebote passgenau weiterzuentwickeln. Hierbei wollen wir in
95 Fortsetzung der guten Praxis in unserer Stadt die
96 Migrantenselbsthilfeorganisationen miteinbeziehen. Wir wollen zudem die
97 Selbstorganisation und Beteiligung von Geflüchteten stärken. Zudem
98 unterstützen wir ausdrücklich die in Wuppertal geübte Praxis der dezentralen
99 Unterbringung von Flüchtlingen.

100

101 Wir sind uns bewusst, dass zahlreiche der zu uns Geflohenen schwere
102 Traumata erlitten haben. Hiervon sind auch viele Frauen und Kinder
103 betroffen. Wir müssen sicherstellen, dass Ihnen eine adäquate Beratungs-
104 und Behandlungsstruktur zur Verfügung gestellt wird. Dazu bedarf es der
105 interkulturellen Öffnung und Qualifizierung der psychologischen Betreuung
106 und einer quantitativen und qualitativen Weiterentwicklung in Hinsicht auf die
107 Arbeitsmöglichkeiten von Therapeutinnen und Therapeuten und speziell
108 geschulter Dolmetscherinnen und Dolmetscher.

109

110 Letztlich benötigen wir aber endlich ein modernes Einwanderungsrecht, um
111 legale Einwanderungsmöglichkeiten zu schaffen und damit die Asylverfahren
112 zu entlasten. Die Zeit hierfür ist überfällig. Dies gilt auch für die Ausweitung

113 des kommunalen Wahlrechtes. Wir wollen, dass die Menschen, die dauerhaft
114 bei uns leben, sich auch demokratisch organisieren und beteiligen können.
115 Wir bleiben dabei: Zuwanderung ist eine herausragende Chance für unser
116 Land und unsere Stadt. Wir wollen sie zum Wohle von uns allen nutzen und
117 erfolgreich gestalten.